

Im Brennpunkt



Dr. Franz Schausberger
Universitätsprofessor und
Vorsitzender des Instituts der
Regionen Europas, Salzburg

Raiffeisenzeitung: Herr Dr. Schausberger, die Wirtschaft erholt sich langsam wieder, wie geht es den Regionen und Städten?

Schausberger: Gerade bei den Regionen und vor allem bei den Gemeinden kommen die Auswirkungen der Krise erst jetzt richtig zum Tragen. Die Konjunkturpakete haben gewirkt, aber die Gebietskörperschaften auch doch ganz wesentlich verschuldet.

Wie lange wird es dauern, bis die Gemeinden einen Aufschwung spüren?

Schausberger: Ich würde sagen, dass die Situation bis 2012 oder 2013 noch schwieriger wird. Schon heute können viele Gemeinden in Österreich keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen und das hat natürlich Auswirkungen auf die Gemeinden als Investoren. Aus diesem Teufelskreis auszubrechen, wird die Schwierigkeit werden.

Vergangene Woche trafen sich in Salzburg bei der

Kirchturmdenken ist für Gemeinden zu wenig

6. Konferenz Europäischer Regionen Vertreter aus 22 Ländern. Wie schaut es dort aus?

Schausberger: Dort wo die wirtschaftliche Situation vor der Krise eine sehr gute gewesen ist, dort spürt man die Auswirkungen besonders. Wenn Regionen auf einem sehr niedrigen Niveau gewesen sind, dann spüren sie es auch, aber es geht nicht so rapide hinunter. Da gibt es ganz gravierende Unterschiede.

Osterreichs Osteuropaengagement wurde immer wieder kritisiert – wie denken Sie über diese Zusammenarbeit?

Schausberger: Das Osteuropaengagement ist ungeheuer wichtig, denn es hat ja dazu geführt, dass es der Wirtschaft in Österreich sehr gut gegangen ist. Es wäre der total falsche Weg, wenn man jetzt reduzieren würde, sondern es muss aufrechterhalten und ausgebaut werden, weil das auch in Zukunft sehr große Chancen für die österreichische Wirtschaft birgt.

Wie können Gemeinden der Finanznot enttrinnen?

Schausberger: Man muss über den eigenen Kirchturm drüberschauen. Es ist ja nicht so, dass die Kommunen ganz unschuldig in ihre Situation gekommen sind. Mit grenzüberschreitenden, kommunalen und regionalen Kooperationen ließe sich viel mehr machen.

Es wurde in guten Zeiten sehr viel investiert – in der einen Gemeinde ein schönes großes Altenheim oder ein großes Feuerwehrhaus gebaut und in der Nachbargemeinde steht das gleiche noch einmal. Die Gemeinden müssen aus Wirtschaftlichkeitsgründen noch stärker in verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten.

Sie plädieren für eine Zusammenarbeit oder wollen Sie auch eine Zusammenlegung?

Schausberger: Nein, bei Gott nicht! Wir brauchen unbedingt die kleinen Gemeinden, weil die ganz wesentlich für die lokale Demokratie sind. Die Bürger haben ihre Repräsentanten und Entscheidungen möglichst nahe. Diese reflexartige Reaktion, in einer wirtschaftlichen Krise Gemeinden zusammenlegen zu wollen, ist die unintelligenteste und unwirksamste Antwort.

Wo darf man Ihrer Ansicht nach keinesfalls sparen?

Schausberger: Es lassen sich in fast allen Bereichen gewisse Einsparungen vornehmen, ohne dass man deswegen das Niveau senkt. Gerade im Energiesparbereich bei öffentlichen Gebäuden können die Gemeinden einiges einsparen und auch im Verwaltungsbereich ist mit entsprechendem Kostenmanagement einiges zu holen. Beispielsweise haben wir in Österreich die Bundesbeschaffungsagentur, die für die öffentliche Hand große Einkäufe tätigen würde. Je mehr sich dieser Einrichtung bedienen, umso günstiger werden die 300.000 Produkte. Aber gerade die Gemeinden nehmen das praktisch kaum in Anspruch, hier könnte man noch sehr viel einsparen.

EU-Kommissar Johannes Hahn war auch in Salzburg. Wie kann die EU den Regionen helfen?

Schausberger: Die EU macht seit Jahren Regionalförderung, durch die man versucht, den Ausgleich beim Wohlstand in den verschiedenen Regionen zu schaffen. Wir unterstützen den federführenden Kommissar dabei, die momentan doch sehr zersplitterte Förderlandschaft zusammenzufassen und leichter durchschaubar zu machen. Durch eine Vereinfachung könnten sich mehr Regionen und Kommunen Unterstützung holen.